



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Stefan Schuster, Ruth Müller, Martina Fehlner, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

### **A 13 für Lehrkräfte nicht erst ab der kommenden Legislaturperiode und E 6 für Verwaltungskräfte!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bereits in ihrem Entwurf für den Haushaltsplan 2023 im Stellenplan und bei den Personalmitteln die Voraussetzungen zu schaffen

- für einen wichtigen Aufschlag zur Realisierung des Eingangsamts für Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen in Besoldungsgruppe A 13,
- für die Bezahlung des gesamten Verwaltungspersonals an Grund- und Mittelschulen sowie an Förderschulen zumindest in Entgeltgruppe E 6.

Da der Handlungsbedarf unmittelbar gegeben ist, sollte rasch und kraftvoll mit der Umsetzung begonnen werden.

### **Begründung:**

Das Eingangsammt A 13 für alle Lehrkräfte ist aus folgenden Gründen erforderlich:

- Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit für den Staatsdienst insgesamt, da Universitätsabsolventen dort in der Regel als Beamte mit A 13 oder vergleichbarer Besoldung (z.B. R 1 für Richter und Staatsanwälte) oder mit E 13 als Tarifbeschäftigte einsteigen.
- Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit speziell im Schuldienst. Die besonderen Herausforderungen an Grund- und Mittelschulen durch Pandemie, Inklusion und Integration sind hinlänglich bekannt. Warum Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen pro Monat mehrere hundert Euro weniger verdienen als Lehrkräfte an anderen Schularten, ist nicht zu begründen.
- Es ist ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Wenn mit A 12 nicht genügend Lehrkräfte für die Grund- und Mittelschulen gefunden werden können, dann sollte das Lehramt an diesen Schulen finanziell attraktiver gestaltet werden. Will der Staat als Arbeitgeber zusätzliche Arbeitskräfte gewinnen, sollte er eine bessere Bezahlung anbieten. So funktioniert der Arbeitsmarkt, auch im Staatsdienst.

Der Ministerpräsident möchte zwar, was bislang bekannt wurde, A 13 für alle Lehrer in Bayern einführen. Aber das soll erst in der nächsten Legislaturperiode und zudem zunächst nur in den Mittelschulen geschehen. Damit würde eine neue Ungerechtigkeit entstehen zulasten der Grundschullehrer. Der Ministerpräsident benutzt immer wieder

das Wort „wichtig“, um seine politischen Initiativen zu beschreiben. Eine wichtige Umsetzung von A 13 für die Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen sieht jedenfalls anders als seine bisherige Ankündigung aus.

Der Arbeitsplatz der Verwaltungsangestellten in den Schulen hat sich in den letzten Jahren enorm verändert. Es wird Zeit, dass die Arbeitsplatzbeschreibung endlich an die an allen Schulen gestiegenen Anforderungen angepasst und die Entgeltgruppe E 6 für alle realisiert wird. Zudem müssen Lehrkräfte und Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, um den umfassenden Bildungsauftrag zu erfüllen.